



DER SCHIENENVERKEHR IN DER REGION muss transparenter werden, was die Kosten angeht. Darüber herrschte Einigkeit im Kreisrat. Im zweiten Quartal des Jahres sollen die Vertragsbedingungen für die nächsten Jahre ausgehandelt werden. Foto: BNN-Archiv

# „Wir sind auf dem richtigen Weg“

## Zuschuss von jeweils 13,3 Millionen an die AVG für die Jahre 2014 und 2015

Von Klaus Müller  
und Matthias Kuld

**Kreis Karlsruhe.** Es ist ein Kompromiss, mehr aber auch nicht. Immerhin ein Kompromiss, der für beide Parteien einigermaßen akzeptabel erscheint, lässt sich genauso gut behaupten. Wo noch vor wenigen Monaten vonseiten der Gemeinden und des Kreistags viel Öl ins Feuer gegossen wurde, scheinen die Flammen langsam – oder wenigstens vorübergehend – etwas an Brennkraft zu verlieren. Es ging dabei um die Finanzierung des öffentlichen Nahverkehrs, insbesondere um Forderungen der Albtal-Verkehrs-Gesellschaft (AVG), die für den Landkreis nicht mehr nachvollziehbar waren. Nicht nur in der Verwaltungsvorlage, auch in Haushaltsreden wurde deutlich gemacht, dass einer weiteren Kostensteigerung Einschränkungen beim Angebot folgen könnten.

23 Millionen Euro, erinnerte Landrat Christoph Schnaudigel bei der jüngsten Kreistagssitzung in Philippsburg, forderte die AVG vom Landkreis für den Betrieb aller Schienenverkehre in der Region. Wohlgermerkt 23 Millionen Euro

allein für 2014. Die Forderungen, die einer satten Preiserhöhung gleichgekommen wären, sorgten bei den Kreisräten und der Kreisverwaltung für Kopfschütteln und Unverständnis; zumal niemand so richtig erkennen konnte, wie die AVG auf die „horrenden Forderungen“ kam. Es musste nachverhandelt werden.

Aus den 23 Millionen Euro wurden nun für 2014 und 2015 Betriebskostenzuschüsse von jeweils 11,5 Millionen Euro,

### Kreistag folgt Kompromissvorschlag

lautet zusammengefasst das Verhandlungsergebnis, das die Verwaltung vorlegte. Einstimmig folgte das Gremium dem Vorschlag. Das pauschalierte AVG-Angebot schließt Mehrkosten für den Kreis über 1,6 Millionen Euro (2015) für „Zusatzverkehre“ ein. Das sind ÖPNV-Angebote zu verstehen, die über das Grundangebot hinausgehen.

Erfolgte bis 2013 die Abrechnung der AVG-Betriebskosten zwischen der Stadt Karlsruhe und dem Landkreis, ge-

schieht dies nun für 2014 und 2015 direkt mit der AVG. Ein entsprechender Vertrag wurde im Sommer 2014 unterzeichnet. „Mit dem Kompromiss sind wir auf dem richtigen Weg“, befand Schnaudigel. Spannend wird es im zweiten Quartal, wenn Landkreis und AVG erneut zusammenkommen, um die Vertragsbedingungen (eben die künftigen Betriebskosten je Kilometer) der nächsten Jahre auszuhandeln.

Im Rückblick und im Ausblick auf die Verhandlungen war und ist es für Josef Offele (CDU) richtig, dass der Landkreis auf eine Überprüfung der Kosten und auf Transparenz bestehe. Einigkeit herrscht im Kreistag, dass dies künftig so bleiben müsse. Für Johannes Arnold (Freie Wähler) ist es ein Kompromiss, der schmerzt. Es solle in Zukunft auch überlegt werden, „wo können wir uns was beim ÖPNV leisten“. Jetzt sei es wichtig, wieder „in ruhige Fahrt“ zu kommen, so Gerd Rinck (SPD). „Der ÖPNV wird uns lieb und teuer sein“, sagte er mit Blick auf die bevorstehenden Verhandlungen. Das „Karlsruher Modell“ dürfe aber nicht entwertet werden, meinte Otto Mansdörfer (Grüne).

